

Information gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems

Im Folgenden informieren wir Sie über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Gottlob Brodbeck GmbH & Co. KG (nachfolgend „**Brodbeck-Gruppe**“ genannt) im Rahmen des Hinweisgebersystems sowie über die damit verbundenen datenschutzrechtlichen Regelungen, Ansprüche und Rechte.

RWT Anwaltskanzlei GmbH Reutlingen, Rechtsanwaltsgesellschaft setzt eine webbasierte Software ein, eine in Deutschland gehostete Cloud-Lösung, welche bei der Aufdeckung betrieblicher Missstände unterstützt. Durch die Einführung eines solchen Systems können kriminelle, illegale, moralisch verwerfliche oder unlautere Handlungen frühzeitig aufgedeckt und verhindert werden. Dadurch können nicht kalkulierbare materielle und immaterielle Schäden sowie Reputationsschäden abgewendet werden.

1. Verantwortlicher im Sinne des Datenschutzrechts

Verantwortliche Stelle im Sinne der DS-GVO ist die

Gottlob Brodbeck GmbH & Co. KG

Maienwaldstraße 25

72555 Metzingen

Tel: +49 7123 963-0

E-Mail: info@g-brodbeck.de

2. Datenschutzbeauftragter

Bei Fragen zur Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten, bei Auskünften, Berichtigung, Sperrung oder Löschung von Daten wenden Sie sich bitte an unsere Datenschutzbeauftragte:

datenschutz@g-brodbeck.de

3. Zweck der Datenverarbeitung

Brodbeck-Gruppe verarbeitet die personenbezogenen Daten des/der Hinweisgeber(in), sofern der Hinweis nicht anonym abgegeben wurde, sowie die personenbezogenen Daten der beschuldigten Person(en), wie Name und weitere Kommunikations- und Inhaltsdaten, ausschließlich zu dem Zweck, Hinweise auf kriminelle, illegale, moralisch verwerfliche oder

unlautere Handlungen auf einem sicheren und vertraulichen Wege entgegenzunehmen und diesen nachzugehen. Wir schalten für eingehende Hinweise Rechtsanwälte der RWT Anwaltskanzlei GmbH, Rechtsanwaltsgesellschaft als externe Ombudsleute ein. Diese externe Ombudsleute unterliegen der anwaltlichen Schweigepflicht und sichern den Hinweisgeber Anonymität zu. Die im Rahmen des Hinweisgebersystems durchgeführten Datenverarbeitungen dienen unter anderem auch der Zusammenarbeit mit diesen Ombudsleuten.

4. Kategorien der Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgebersystems

- Informationen über den/die Hinweisgeber(in) (sofern diese(r) nicht anonym bleiben möchte) und den/die Beschuldigte(n), wie
 - Vor- und Nachname
 - Funktion/Titel
 - Kontaktdaten
 - ggf. andere auf das Arbeitsverhältnis bezogene persönliche Daten
- Persönliche Informationen, die in den Berichten des Aufklärungsteams (siehe Ziffer 4) identifiziert wurden, einschließlich Details über die erhobenen Behauptungen und diese unterstützenden Beweise

Jede andere Information, die in den Untersuchungsergebnissen und in dem auf den Bericht folgenden, weiterführenden Verfahren identifiziert wurden, z. B. Informationen über strafbares Verhalten oder Daten über rechtswidriges oder unzulässiges Verhalten, soweit dies gemeldet wurde.

5. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Erhebung der personenbezogenen Daten des/der Hinweisgeber(in) bei einem nicht anonymen Hinweis erfolgt auf der Grundlage einer Einwilligung in die Verarbeitung durch die Übermittlung der Daten (**konkludente Einwilligung**) (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO). Ihre Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen.

Die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Daten der Personen, die in der Meldung genannt werden, dient der **Wahrung berechtigter Interessen der Brodbeck-Gruppe** (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO). Es ist ein berechtigtes Interesse der Unternehmen, Gesetzesverstöße und schwere Pflichtverletzungen von Beschäftigten zentrumsweit, wirksam und mit einem hohen Maß an Vertraulichkeit aufzudecken, zu bearbeiten, abzustellen und zu sanktionieren und damit verbundene Schäden und Haftungsrisiken für die Unternehmen (§§ 30, 130 OWiG) abzuwenden. Auch die Richtlinie (EU) 2019/1937 („EU-Whistleblower-RL“) bzw. das zukünftige Hinweisgeberschutzgesetz

fordern die Einrichtung eines Hinweisgebersystems, um Beschäftigten und Dritten auf geeignete Weise die Möglichkeit einzuräumen, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben.

Die Weitergabe von personenbezogenen Daten bei nicht anonymer Meldung an andere Empfänger kann aufgrund einer **gesetzlichen Verpflichtung erforderlich sein** (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DS-GVO).

6. Empfänger der Daten und Drittlandübermittlung (EU/EWR-Ausland)

Alle personenbezogenen Daten, die über die webbasierte Software erhoben werden, werden nur denjenigen Personen zugänglich gemacht, die aufgrund ihrer Funktion eine legitime Notwendigkeit haben, diese Daten zu verarbeiten.

In einigen Fällen ist das Unternehmen verpflichtet, die Daten Behörden (wie solche, die die rechtliche oder aufsichtsrechtliche Zuständigkeit über den Arbeitgeber haben, Strafverfolgungsbehörden und juristische Organe) oder externen Beratern (wie Buchprüfern, Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten) mitzuteilen.

Sofern der/die Hinweisgeber(In) seinen/ihren Namen oder andere personenbezogene Daten mitgeteilt hat (nicht anonymer Hinweis), wird die Identität– soweit rechtlich möglich – nicht offengelegt und es wird zusätzlich sichergestellt, dass dabei auch keine Rückschlüsse auf die Identität als Hinweisgeber(in) möglich werden. Werden personenbezogenen Daten durch externe Dienstleister verarbeitet, so geschieht dies grundsätzlich auf Basis von Auftragsverarbeitungsverträgen nach Art. 28 DS-GVO. In diesen Fällen stellen wir sicher, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DS-GVO erfolgt und alle zur Verarbeitung personenbezogener Daten befugten Personen sich zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Das Hinweisgebersystem wird in unserem Auftrag von der RWT Anwaltskanzlei GmbH, Rechtsanwaltsgesellschaft betrieben.

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten in Drittländer (EU/EWR-Ausland) erfolgt nicht.

7. Dauer der Verarbeitung, Löschen der Daten

Die personenbezogenen Daten werden im jeweiligen Verfahren so lange aufbewahrt, wie es die Aufklärung und abschließende Beurteilung erfordert, ein berechtigtes Interesse des Unternehmens oder ein gesetzliches Erfordernis besteht. Danach werden diese Daten

entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gelöscht. Die Dauer der Speicherung richtet sich insbesondere nach der Schwere des Verdachts und der gemeldeten eventuellen Pflichtverletzung.

8. Technische Hinweise zur Nutzung des Hinweisgebersystems

Die Kommunikation zwischen Ihrem Rechner und dem Hinweisgebersystem erfolgt über eine verschlüsselte Verbindung (SSL). Die IP-Adresse Ihres Rechners wird während der Nutzung des Hinweisgebersystems nicht gespeichert. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Ihrem Rechner und dem Hinweisgebersystem wird ein Cookie auf Ihrem Rechner gespeichert, welches lediglich die Session-ID beinhaltet. Das Cookie ist nur bis zum Ende Ihrer Session gültig und wird beim Schließen des Browsers ungültig.

9. Betroffenenrechte:

Unter Geltung der DS-GVO stehen Ihnen die folgenden gesetzlichen Betroffenenrechte zu, sofern deren Voraussetzungen vorliegen:

- Recht auf Auskunft über Ihre bei uns gespeicherte Daten gemäß Art. 15 DS-GVO,
- Recht auf Berichtigung unzutreffender Daten gemäß Art. 16 DS-GVO,
- Recht auf Löschung der bei uns gespeicherten Daten gemäß Art. 17 DS-GVO,
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der bei uns gespeicherten Daten gemäß Art. 18 DS-GVO,
- Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DS-GVO,

- Recht auf Widerspruch der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Art. 21 Abs. (1) DS-GVO,
- Recht auf jederzeitigen Widerruf gemäß Art. 7 Abs. (3) DS-GVO einer ggf. uns erteilten Einwilligung; dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen,
- Recht auf Beschwerde bei einer zuständigen Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DS-GVO, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen Vorschriften der DS-GVO verstößt.

10. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. (1) S. 1 lit. f) DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an: [Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an info@g-brodbeck.de]

Legen Sie Widerspruch ein, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr von uns verarbeitet, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen.